Anhang zur Vernehmlassung des Regierungsrates des Kantons Solothurn zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee

1. Bemerkungen zum erläuternden Bericht zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee

1.1 zu 2 Aufgaben (Seite 8)

Wir sind einverstanden mit der Priorisierung der Armeeaufgaben. Für den Schutz und die Sicherung des Landes, insbesondere gegenüber der schweizerischen Bevölkerung und den kritischen Infrastrukturen, bleibt die Armee im Falle eines militärischen Angriffs das zentrale Instrument. Grundsätzlich geht es hierbei um die „raison d'être“ der Armee im Sinne der Schweizer Bundesverfassung.

Wir beantragen, dass die Aufgaben mit der Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ kohärent abgestimmt werden.

1.2 zu 3.2 Unterstützung der zivilen Behörden (Seite 11)

Der Einsatz der Armee zur Unterstützung der zivilen Behörden nimmt aus unserer Sicht einen wichtigen und zentralen Stellenwert ein. Die Leistungen der Armee müssen in Abstimmung mit den Leistungen der Kantone erbracht werden. Potentielle Doppelspurigkeiten mit dem Verbundsystem Bevölkerungsschutz müssen verhindert und die Leistungen im Rahmen der Umsetzung der Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ koordiniert und geklärt werden.

Das Stationierungskonzept der Armee muss auch den potenziellen Bedürfnissen der Kantone im Bereich der Katastrophenhilfe sowie den kantonalen Sicherheitsdispositiven Rechnung tragen.

Wir fordern, dass die Wahrung der Lufthoheit durch die Luftwaffe für Interventionen in jeder Lage rund um die Uhr gewährleistet ist.

1.3 zu 4.1 Leistungsprofil (Seite 13)

Wir sehen in der Reduktion des vorgesehenen Kräfteansatzes für Unterstützungseinsätze (von 35'000 auf 20'000 AdA) in Verbindung mit der erfolgten Lagebeurteilung eine erhebliche Diskrepanz. Dieser Widerspruch wird zu einer Kostenumwälzung zu Lasten der Kantone führen. Personalbestände und Einsatzmaterial im gesamten Bereich des Verbundsystems Bevölkerungsschutz müssten erhöht werden.

Unterstützungseinsätze der Armee werden zudem schwieriger, da die Lagerung des militärischen Einsatzmaterials in weniger Logistik-Center zentralisiert wird.

1.4 zu 5 Strukturen (Seite 19)

Wir unterstützen die Stärkung der Territorialregionen, indem den Ter Reg zusätzliche Verbände unterstellt werden. Die Milizformationen der zukünftigen Ter Reg müssen aber über eine hohe Bereitschaft verfügen, damit sie die geforderten Leistungen für die Kantone auch erbringen können.

Der Kantonale Territorialverbindungsstab (KTVS) muss auch zukünftig das Bindeglied zwischen dem Kanton und der Ter Reg sein. Die Aufgaben, Kompetenzen, Verantwortung und die personelle und materielle Ausgestaltung der KTVS müssen gestärkt werden.

Die Terminologie „besondere und ausserordentliche Lagen“ muss einheitlich sein. In der Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ wird eine andere Terminologie verwendet („technik- und naturbedingte Katastrophen und Notlagen“). Allenfalls sind die Begriffe beim Bevölkerungs- und Zivilschutz anzupassen.

Wir beantragen, dass die Funktion des stellvertretenden Kommandanten der Territorialregionen durch einen Milizoffizier im Range eines Brigadiers besetzt wird (Vertretung der Miliz).

Wir beantragen, dass der Kommandant der Berufsunteroffiziersschule (BUSA) weiterhin den Rang eines Brigadiers trägt. Wenn mit der Weiterentwicklung der Armee (WEA) die BUSA nur noch durch einen Oberst geführt wird, entsteht innerhalb der Höheren Kaderausbildung (HKA) ein Ungleichgewicht auf Stufe der Kommandanten. In externen Gremien, in den Verhandlungen mit Partnern, Kdt der LVb, und der Verwaltung wird der Stellenwert der BUSA geschwächt.

Wir beantragen weiter, das Kommando Spezialkräfte (KSK) direkt dem Chef Operationen zu unterstellen, da es sich um ein strategisches Werkzeug zur Wahrung der nationalen Interessen handelt und zu den Mitteln der ersten Stunde gehört.

1.5 zu 5.1 Einsatz (Seite 21/22)

Unter dem Begriff der "kritischen Infrastrukturen" werden sowohl Objekte, Transversalen, Kommunikationsknoten usw. subsumiert. In diesem Sinn erachten wir es als sinnvoll, dass die diesbezügliche Formulierung der Beiträge der Territorialregionen in Zukunft wie folgt festgehalten wird:

"Mit diesen Kräften können Beiträge zum Schutz von kritischen Infrastrukturen (Objekte, Transversalen, Kommunikationsknoten usw.) und Grenzabschnitten geleistet werden." Ohne Ergänzung durch "kritische Infrastrukturen" wird nicht klar, um welche Objekte es sich dabei handelt. Dies dürfte auch für die Definition der Prozesse und zur Förderung eines gemeinsamen Verständnisses Bund – Kantone in der zivil-militärischen Zusammenarbeit beitragen.

Wir beantragen daher, dass im Militärgesetz, Art. 1, Abs. 2 der Begriff "Infrastrukturen" mit "kritische Infrastrukturen" ergänzt wird.

1.6 zu 5.3 Unterstützung (Seite 23)

Wir schlagen vor, die Strategie des Koordinierten Sanitätsdiensts (KSD) in Abstimmung mit der Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ zu überprüfen. Potentielle Doppelspurigkeiten mit dem Verbundsystem Bevölkerungsschutz müssen verhindert werden.

Die Aufgaben der Logistikbasis der Armee (LBA) und der Führungsunterstützungsbasis (FUB) müssen zukünftig in Abstimmung mit der Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ koordiniert werden.

1.7 zu 6 Ausbildung (Seite 24)

Wir begrüssen, dass das Ausbildungsmodell wieder stärker auf die Milizkader fokussiert wird.

1.8 zu 6.3 Harmonisierung der militärischen Grundausbildung mit der Hochschullandschaft (Seite 26)

Wir beantragen, dass vor der Einführung des neuen Ausbildungsmodells mit der gesamten schweizerischen Hochschullandschaft eine Vereinbarung über die Koordination von Studium und Militärdienst abgeschlossen wird.

1.9 zu 6.5 Wiederholungskurse (Seite 27)

Die verkürzte Dauer der Wiederholungskurse darf keine negativen Folgen auf die Verfügbarkeit und das Leistungsprofil der Truppen zur Unterstützung der zivilen Behörde haben und soll nicht zu einer grösseren Belastung der kantonalen Militärverwaltungen führen.

1.10 zu 7.2 Dienstleistungsmodell für Mannschaft und Unteroffiziere (Seite 32)

Wir weisen darauf hin, dass die Bestimmung des Altersjahrs nicht mit demjenigen im Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und Zivilschutz (BZG) übereinstimmt (siehe Art. 33 BZG).

Wir beantragen, dass die Infanterie, die primär für militärische Unterstützungseinsätze vorgesehen ist, auch in Zukunft Fähigkeiten zur Abwehr eines militärischen Angriffs hat.

1.11 zu 9.4 Fazit (Seite 40)

Wir beantragen, dass die Unterstützung der zivilen Behörden, die angesichts der sicherheitspolitischen Lage derzeit und auf absehbare Zukunft Priorität genießt, auch bei einem Ausgabepfand von 4.7 Mrd. Fr. hinsichtlich des verfügbaren Kräfteansatzes nicht reduziert wird. Diese Stellungnahme des Kantons Solothurn basiert auf den Beschlüssen der Plenarversammlung der RK MZF vom 18. April 2013.

Die Weiterentwicklung der Armee muss mit der Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ abgestimmt und im Rahmen des neu geschaffenen Sicherheitsverbundes Schweiz (SVS) umgesetzt werden.

2. Bemerkungen zum Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG)

2.1 zu Artikel 1 Abs. 1 Bst. c

Die Terminologie der "ausserordentlichen Lagen" muss abgestimmt werden (siehe Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+).

2.2 zu Art 1 Abs. 2 Bst. a

Der Begriff "Infrastrukturen" muss mit "**kritische** Infrastrukturen" ergänzt werden.

kritische

Artikel 9 Abs. 2 – 4 ,

Artikel 10 Abs. 1 ,

Artikel 49, 67 und 70

Die Angaben der Altersjahre müssen mit denjenigen im BZG abgeglichen werden.

2.3 zu Artikel 18 Abs. 1 Bst. h

Die Terminologie der "ausserordentlichen Lagen" muss abgestimmt werden (siehe Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+).

2.4 zu Artikel 65c (neu)

Der Absatz 1 ist wie folgt zu ergänzen:

"Das VBS kann für Angestellte der Militärverwaltung *des Bundes*, ..."

2.5 zu Artikel 67 Abs. 1 Bst. b

Die vorgeschlagene Formulierung ist zu eng gefasst und beinhaltet nur drei Sektoren der Nationalen Strategie zum Schutz kritischer Infrastrukturen. "Lebenswichtige" Güter und Dienstleistungen wie Nahrung und Gesundheit, aber auch der für die Kantone wichtige Sektor Behörden fallen nicht mehr explizit darunter.

Der Absatz 1/Buchstabe b ist daher wie folgt anzupassen:

"beim Schutz von Personen und besonders schutzwürdigen Sachen, insbesondere von kritischen Infrastrukturen"

2.6 zu Artikel 94 Abs. 1 Bst. g

Der Begriff "zivile Militärverwaltung" ist zu klären. Der Absatz 1/Buchstaben g ist allenfalls wie folgt zu ergänzen:

"eine zivile Militärverwaltung *des Bundes und/oder der Kantone*;" ...

2.7 zu Artikel 95 Abs. 2 Bst. d

Der Absatz 2/Buchstaben d ist wie folgt zu ergänzen:

"der Personalbestand der Militärverwaltung *des Bundes*."

- 3. Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation der Armee (Armeeorganisation, AO)**
Keine Bemerkungen.
- 4. Verordnung der Bundesversammlung über die Verwaltung der Armee (VBVA)**
Keine Bemerkungen.
- 5. Bundesgesetz über die militärischen Informationssysteme (MIG)**
Keine Bemerkungen